

Tagungsunterlagen I

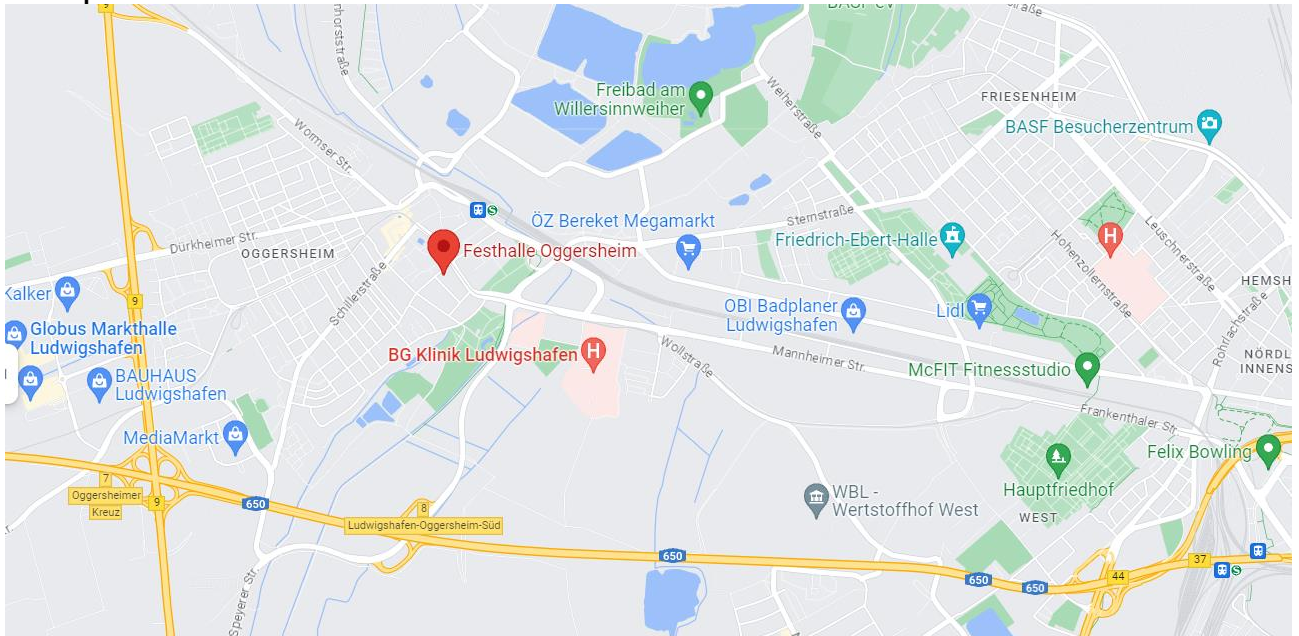
Anträge und Vorlagen zum Landesparteitag
am 3. Juni 2023 in Ludwigshafen-Oggersheim

Organisatorische Hinweise zur Versammlung

1) **Anfahrt und Parkplätze**

Mit dem PKW:

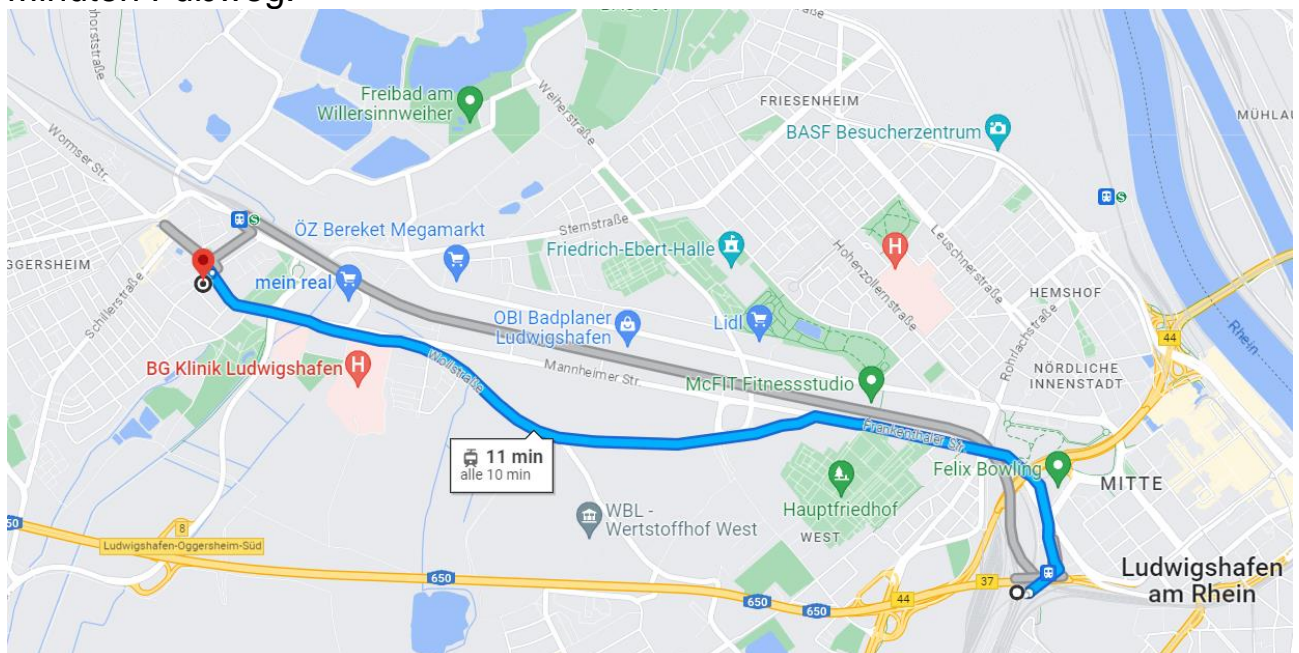
Direkt an der Halle befindet sich ein öffentlicher Parkplatz mit ca. 30-40 Parkplätzen.



Bildausschnitt: maps.google.de

Mit den öffentlichen Verkehrsmitteln:

Vom Hauptbahnhof Ludwigshafen fährt alle 10 Minuten eine Straßenbahn (Linie 4) bis zum „Mannheimer Tor“. Von da aus sind es noch 2 Minuten zu Fuß. Aus Mainz / Norden kommend halten einige S-Bahnen auch am Bahnhof Oggersheim. Von hier aus sind es ca. 10 Minuten Fußweg.



Bildausschnitt: maps.google.de

- 2) **Verpflegung und Getränke**
Das Mitbringen von Getränken und Essen ist in der Halle erlaubt. Eine Versorgung mit einer Bestellmöglichkeit wird derzeit verhandelt. Ihr bekommt hierzu noch eine gesonderte Mail. Im direkten Umfeld der Tagungshalle sind nur wenige Einkaufsmöglichkeiten vorhanden.
- 3) **Kinderbetreuung**
Sollte eine Kinderbetreuung notwendig sein, möchten wir euch bitten, dies mind. 7 Tage vor dem Parteitag mit der Angabe des Alters des/der Kindes/Kinder der Landesgeschäftsstelle unter lgs@die-linke-rlp.de zu melden. Wir werden dann versuchen eine Betreuung vor Ort zu realisieren.
- 4) **Freies WLAN**
Aufgrund des Livestreams der Veranstaltung können wir euch keinen Zugang zum WLAN zusichern. Bitte bereitet euch also darauf vor, dass in der Halle höchstwahrscheinlich kein Internet zur Verfügung stehen wird.
- 5) **Livestream und Fotos**
Die Versammlung wird via Livestream übertragen und auch über Fotos dokumentiert; was auch bedeutet, dass ihr auf dem ein oder anderen Bild zu erkennen sein werdet. Solltet ihr dem nicht zustimmen wollen, meldet euch wenn möglich im Vorfeld, damit wir euch während der Tagung des Parteitages kenntlich machen können.
- 6) **Sitzplätze für Delegierte**
Die Delegierten bekommen Sitzplätze nach Kreisverbänden geordnet zugewiesen.
- 7) **Teilnahme von Gästen**
Für eine bessere Planung möchten wir alle Interessierte* bitten, sich im Vorfeld als Gast anzumelden. Bitte wendet euch hierzu an parteitag@die-linke-rlp.de
- 8) **Ausweisdokumente**
Zur Sicherheit möchten wir alle Delegierte bitten, ihre gültigen Ausweisdokumente mit zur Versammlung zu bringen und diese bei Nachfragen der Mandatsprüfungskommission vorzuzeigen.
- 9) **Stände für Landesarbeitsgemeinschaften**
Die Anmeldung von Ständen ist über lgs@die-linke-rlp.de bis 14 Tage vor dem Parteitag möglich.
- 10) **Weitere Unterlagen zur Versammlung**
Sofern es weitere Unterlagen / Kandidaturen oder Veränderungen geben sollte, findet ihr diese auf der Landeshomepage unter: <http://www.dielinke-rhlp.de/partei/parteitag/>

Bei weiteren Fragen oder Anregungen könnt ihr euch gerne an die Landesgeschäftsstelle wenden:
lgs@die-linke-rlp.de

O-Anträge

Anträge zur Organisation des Parteitages
und zu weiteren organisatorischen Fragestellungen

1. Leitung - Arbeitsgremien - Aufgaben und Befugnisse

- a. Der Parteitag wählt als Arbeitsgremien im Block
 - Tagungspräsidium
 - Schriftführung
 - die Mandatsprüfungskommission
 - die Wahl- und Zählkommission
 - die Antragsberatungskommission
 - Awareness-Team

Der Parteitag kann zur Unterstützung der Kommission zu jeder Zeit weitere Helfer:innen wählen.

- b. Die Arbeit des Parteitages wird durch das Tagungspräsidium geleitet.
- c. Geschäftsordnung, Tagesordnung und Zeitplan werden zu Beginn des Parteitages in dieser Reihenfolge beschlossen.

2. Beschlussfassung allgemein

- a. Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gewählten Delegierten anwesend ist. Er gilt als beschlussfähig, solange die Beschlussunfähigkeit nicht auf Antrag eines:r stimmberechtigten Delegierten durch die Tagungsleitung festgestellt worden ist.
- b. Stimm- und Rederecht haben die gewählten und angemeldeten Delegierten. Teilnehmer:innen mit beratender Stimme sowie alle Mitglieder der Partei DIE LINKE. Rheinland-Pfalz haben Rederecht.
- c. Über das Rederecht für Gäste entscheidet die Versammlung. Gästen kann dann das Wort durch die Tagungsleitung erteilt und entzogen werden. Entsprechende Anträge sind an das Tagungspräsidium zu richten.
- d. Beschlüsse des Parteitages werden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen (im Weiteren nur Mehrheit genannt) gefasst, sofern die Bundessatzung oder diese Geschäftsordnung nichts anderes vorschreiben. Stimmenthaltungen bleiben hierbei unberücksichtigt. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. Abstimmungen erfolgen durch Erheben der Stimmkarten. Das Tagungspräsidium setzt zur Auszählung der Stimmen Zähler:innen ein, die tätig werden, wenn kein eindeutiges Ergebnis von der Tagungsleitung ermittelt werden kann.

3. Erforderliche Mehrheiten bei Wahlen

- a. Es gilt die Wahlordnung der Partei DIE LINKE.
- b. Im ersten Wahlgang ist die absolute Mehrheit erforderlich. Also die Zahl der gültigen Ja-Stimmen muss größer sein, als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen.
- c. Erhält im ersten Wahlgang keine/r der Bewerber:innen die erforderliche Mehrheit, so gehen die beiden Bewerber:innen mit den meisten Ja-Stimmen in eine Stichwahl. In dieser Stichwahl gilt die einfache Mehrheit.
- d. Entfällt bei der Wahl der Mitglieder des Landesvorstandes, der Landesschiedskommission und der Landesfinanzrevisionskommission die Möglichkeit der Abgabe von Nein-Stimmen, so sind im ersten Wahlgang die Personen gewählt, welche auf mind. $\frac{1}{4}$ der gültigen Stimmzettel gewählt wurden. Ein weiterer Wahlgang ist zulässig, wenn Ämter im ersten Wahlgang nicht besetzt werden konnten. Im zweiten Wahlgang nehmen die Bewerber:innen teil, welche die meisten Ja-Stimmen auf sich vereinigen konnten – jedoch maximal die doppelte Anzahl der noch zu besetzenden Ämter.

4. Regeln in der Debatte

- a. Die Tagesleitung ruft die Tagesordnungspunkte und die dazugehörigen Anträge auf, leitet

- die Beschlussfassung, erteilt das Wort, kann Redner:innen zur Sache rufen, muss ihnen das Redezeitende einmal vorankündigen und das Wort entziehen, wenn sie die Redezeit überschreiten oder vom aufgerufenen Thema abweichen.
- b. Bei Wortmeldungen sind Name und delegierender Kreisverband anzugeben. Die Fristen für die Abgabe von Wortmeldungen und die Modalitäten ihrer Entgegennahme werden vom Tagungspräsidium bekannt gegeben. Das Tagungspräsidium entscheidet unter der Prämisse der Geschlechterquotierung über die Reihenfolge der Rednerinnen und Redner. Die Zurücknahme von Wortmeldungen führt zur Streichung von der Redeliste. Eine Zurücknahme von Wortmeldungen zugunsten anderer Redner:innen ist nicht möglich. Die Redezeit für Diskussionsredner:innen beträgt maximal 2 Minuten.
 - c. Delegierte können nach Abschluss von Debatten und Abstimmungen (nicht Wahlen) persönliche Erklärungen abgeben, sofern die Debatte dazu einen persönlichen Anlass ergeben hat. Sie sind bei der Tagungsleitung anzumelden. Die Redezeit hierfür beträgt eine Minute.
 - d. Redezeiten bei Wahlen:
 - Kandidierende zum Landesvorstand haben bei Ihrer Vorstellung die Möglichkeit einmalig eine Redezeit von max. 5 Minuten zu nutzen.
 - o Es sind maximal 5 Nachfragen an die Kandidierenden zulässig. Die Nachfragen sind kurz zu formulieren (maximal 1 Minute).
 - o Zur Beantwortung der Fragen wird den Kandidierenden jeweils maximal 3 Minuten eingeräumt.
 - Kandidierende zu Landesschiedskommission und Landesfinanzrevisionskommission wird einmalig eine Redezeit von max. 1 Minute gewährt.
 - o Es sind maximal 3 Nachfragen an die Kandidierenden zulässig. Die Nachfragen sind kurz zu formulieren (maximal 1 Minute).
 - o Zur Beantwortung der Fragen wird den Kandidierenden jeweils maximal 2 Minuten eingeräumt.

5. Antragsarten / Antragstellung / Beschlussfassung

- a. Anträge zur Geschäftsordnung werden außerhalb der Liste der Redner:innen sofort behandelt, soweit nicht gerade eine Abstimmung läuft. Sie können nur von Delegierten gestellt werden. Vor der Abstimmung erhalten je eine Delegierte zunächst die Möglichkeit gegen den Antrag, danach für den Antrag zu sprechen.
- b. Der Antrag auf Beendigung der Debatte oder Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt kann jederzeit zur Abstimmung gestellt werden, innerhalb des Tagesordnungspunktes jedoch nur einmal. Das Recht zur Antragstellung haben nur Delegierte, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben. Vor Beschlussfassung ist die Liste der noch ausstehenden Redner:innen zu verlesen.
- c. Die Abstimmung wird durch die Tagungsleitung geleitet, wobei zunächst die Stimmen "für" den Antrag, dann "gegen" den Antrag und abschließend die Stimmenthaltungen abzufragen sind.
- d. Anträge auf Wiederholung (Rückholung) einer Abstimmung sind unverzüglich nach Bekanntwerden des Grundes und unter Nennung desselben und der Umstände seines Bekanntwerdens zu stellen. Hierüber ist nach Gegen- und Fürrede sofort abzustimmen.
- e. Anträge mit initiativem Charakter (Initiativanträge) deren Gegenstand nach Ende der Antragsfrist bekannt wurde, können mit der Unterstützung von mind. 15 Delegierten bis 12.30 Uhr am Tage des Parteitages schriftlich bei der Antragsberatungskommission eingereicht werden. Für alle anderen Anträge / Änderungsanträge gelten die in der Einladung genannten Fristen.

O-01
Tagesordnung zum Landesparteitag
03. Juni 2023 in Ludwigshafen

Antragsteller:innen: Landesvorstand

- TOP 1 Eröffnung, Begrüßung
- TOP 2 Wahl des Tagungspräsidiums
- TOP 3 Wahl der Mandatsprüfungskommission
- TOP 4 Bericht der Mandatsprüfungskommission
- TOP 5 Bestätigung der Antragsberatungskommission
- TOP 6 Wahl der Wahl- und Zählkommission
- TOP 7 Beschluss der Tagesordnung
- TOP 8 Grußworte
- TOP 9 Politisches Referat

Frauenplenum

- TOP 10 Bericht des Frauenplenums
- TOP 11 Bericht des Landesvorstandes inkl. Aussprache und Entlastung
- TOP 12 Satzungsänderungen mit Bezug auf die Zusammensetzung der Organe
- TOP 13 Wahl der Landesschiedskommission
- TOP 14 Wahl der Landesfinanzrevisionskommission
- TOP 15 Neuwahl des Landesvorstandes
 - a) Beschlussfassung über Größe und Zusammensetzung
 - b) Geheime Wahl inkl. Vorstellung und Befragung
- TOP 16 Bericht des Bundestagsabgeordneten
- TOP 17 Weitere Anträge zur Änderung der Satzung
- TOP 18 Anträge und Resolutionen
- TOP 19 Schlusswort

O-02

Zeitplanung zum Landesparteitag 03. Juni 2023 in Ludwigshafen

Antragsteller:innen: Landesvorstand

10.00 Uhr – 10.30 Uhr	TOP 1 – TOP 7	Eröffnung, Begrüßung
10.30 Uhr – 11.00 Uhr	TOP 8	Grußworte
11.00 Uhr – 11.30 Uhr	TOP 9	Politisches Referat
11.30 Uhr – 12.00 Uhr		Frauenplenum
12.00 Uhr – 12.15 Uhr	TOP 10	Bericht des Frauenplenums
12.15 Uhr – 12.45 Uhr	TOP 11	Bericht des Landesvorstandes
12.45 Uhr – 13.30 Uhr		Mittagspause
12.45 Uhr – 14.00 Uhr	TOP 11	Fortsetzung mit Aussprache und Entlastung
14.00 Uhr – 14.30 Uhr	TOP 12	Satzungsänderungen mit Bezug auf die Zusammensetzung der Organe
14.00 Uhr – 14.45 Uhr	TOP 13	Wahl der Landesschiedskommission
14.45 Uhr – 15.30 Uhr	TOP 14	Wahl der Landesfinanzrevisionskommission
16.00 Uhr – 18.00 Uhr	TOP 15	Neuwahl des Landesvorstandes
18.00 Uhr – 18.15 Uhr	TOP 16	Bericht des Bundestagsabgeordneten
18.15 Uhr – 18.30 Uhr	TOP 17	Weitere Anträge zur Änderung der Satzung
18.30 Uhr – 18.45 Uhr	TOP 18	Anträge und Resolutionen
18.45 Uhr – 19.00 Uhr	TOP 19	Schlusswort

O-03

Gremienbesetzung

Antragsteller:innen: Landesvorstand

Tagungsleitung

Theresia Görgen, SV Trier

Milena Mess, SV Trier

Dave Koch, KV Bernkastel-Wittlich

Tupac Orellana, KV Mainz / Mainz-Bingen

Protokoll

Denis Jundt, Landesgeschäftsstelle

Mandatsprüfungskommission

Marion Morassi, KV Ahrweiler

Peter Weinand, KV Frankenthal

Denis Jundt, Landesgeschäftsstelle

Wahl- und Zählkommission

11x offen

Antragsberatungskommission

Tobias Schreiner, KV Landau / Süw

1x offen

Awareness-Team des Parteitages

2x offen

Es begrüßen euch...

An der Anmeldung

Offen

Offen

P-Anträge

Politische Anträge und Resolutionen zum Landesparteitag.

1 P-01

2 **Gutes Klima ist sozial!**

3

4 Antragsteller:innen: Landesvorstand

5

6 Inflation, Krieg in Europa, Klimawandel, Finanzkrise und Corona-Jahre ...

7 Die Menschen kommen seit Jahren nicht zur Ruhe, die Welt wird unsicherer.

8 Während die Reallöhne um fast 4% gesunken sind und die Inflation Ende 2022 auf über
9 8% angestiegen ist, konnten die Großkonzerne ordentlich Kasse machen. Shell konnte
10 seinen Gewinn aufgrund der hohen Energiepreise fast verdoppeln, Rheinmetall gewann
11 über 25% hinzu, BMW schloss mit einem Rekordgewinn ab und sogar die Deutsche Bank
12 konnte über die Hälfte an Gewinn zulegen.

13 Es ist also mitnichten so, dass die Krise nur Verlierer hat – der Reichtum konzentriert sich
14 bei denen, die sowieso schon genug haben. Während 20% der Bevölkerung überhaupt
15 kein Vermögen hat, konzentrieren sich 60% des Vermögens bei den reichsten 10%. Die
16 Einführung einer Vermögenssteuer wird durch die vorherige und jetzige Bundesregierung
17 weiterhin ebenso abgelehnt, wie eine einmalige Vermögensabgabe zur Bewältigung der
18 unterschiedlichen Krisen.

19

20 Während die „Letzte Generation“ sich auf den Straßen festklebt und erste Aktivist*innen
21 mit Terrorist*innen gleichgesetzt und verurteilt werden, blockiert der Totalverweigerer
22 Volker Wissing (FDP) Reformen im Verkehrsbereich, lehnt die Einführung eines
23 Tempolimits kategorisch ab und feiert das viel zu teure „Deutschland Ticket“ als Erfolg.
24 Während viele Menschen unter den gestiegenen Energiepreisen leiden und nicht wissen,
25 wie sie bei gestiegenen Preisen ihren Kühlschrank füllen sollen, wird ab kommendem Jahr
26 der Einbau von Gas- und Ölheizungen verboten. Gleichzeitig sind es gerade die vielen
27 Eigenheimbesitzer*innen auf dem Land, welche aufgrund fehlender Dämmung und alten
28 Häusern überhaupt keine Wärmepumpen einbauen können. Die Bundesregierung spricht
29 von Härtefallregelungen und weder der entnervte Wirtschaftsminister Robert Habeck
30 (Grüne) noch der schlafende Kanzler Olaf Scholz (SPD) stellen sich die Frage, woher die
31 ganzen Wärmepumpen zur Umrüstung kommen sollen.

32 Es wird deutlich, dass die Bundesregierung nicht in der Lage ist, die Menschen beim
33 wichtigen Wandel der Gesellschaft an die Hand zu nehmen: Augen zu und durch...

34 Viele Bürger*innen fühlen sich abgehängt und können die unterschiedlichen Problemlagen
35 und Konsequenzen überhaupt nicht mehr überblicken – sie begeben sich auf die Suche
36 nach Schuldigen, verabschieden sich vom Kampf gegen den Klimawandel und wenden
37 sich von der Beteiligung am politischen Prozess frustriert und hilflos ab.

38

39 DIE LINKE will den Menschen wieder Zuversicht geben und hat als einzige Partei sowohl
40 den notwendigen Wandel der Gesellschaft hin zu CO2-Neutralität als auch die Schaffung
41 eines sozialen Ausgleichs und sozialer Gerechtigkeit im Blick!

42 Um den Menschen wieder Hoffnung auf eine bessere und gerechtere Zukunft zu geben,
43 bedarf es einer Umsteuerung innerhalb der Politik, die wir gemeinsam mit den Betroffenen
44 anstoßen wollen. Dabei müssen wir die Menschen spürbar entlasten, und die Kosten für
45 den Wandel hin zu einer ökologischeren Lebensweise sozial gerecht verteilen und
46 deutliche Schritte nach vorne machen.

47

48 **Fünf Punkte für mehr Zuversicht, Zusammenhalt und Gerechtigkeit:**

49 1) **Herabsetzung der Mehrwertsteuer auf alle Grundnahrungsmittel** und Erhöhung
50 der Mehrwertsteuer auf Luxusartikel.

51 2) Wir bestehen weiterhin auf der Forderung nach einer **Übergewinnsteuer** und einer
52 **Millionärsteuer**.

- 53 3) Das **9-Euro-Ticket** muss wieder eingeführt und perspektivisch kostenfrei, das
54 Streckennetz ausgebaut und ein **Tempolimit** von 100 km/h auf Autobahnen
55 eingeführt werden.
56 4) **Dauerhafte Förderung von Heizungswechseln und Dämmmaßnahmen** für
57 Häuser mit weniger als 5 Haushalten, sowie der Installation von Photovoltaik-
58 Anlagen auch in kleinem Umfang. Dies macht Umrüstungen planbar und fördert die
59 Akzeptanz.
60 5) **Verbot von Privatjets und Yachten.**

61 Zugegeben: Unsere Vorschläge treffen vor allem diejenigen, die bereits vor der Krise
62 genug hatten und ihr Vermögen noch weiter steigern konnten. Und ja, wir machen Politik
63 für Menschen mit keinem, kleinem und mittlerem Einkommen. Allerdings ist es aus unserer
64 Sicht Zeit, die Schere zwischen Arm und Reich zusammenzudrücken und das
65 gesellschaftliche Ungleichgewicht wieder in die Waage zu bringen.
66

67 Auch die Landesregierung in Rheinland-Pfalz wollen wir in die Pflicht nehmen. Von den
68 Rheinland-Pfälzer*innen wird ebenfalls viel verlangt. Vor allem die vielen Pendler*innen
69 sind durch die gestiegenen Benzinpreise betroffen, Wohnen wird in und um die
70 Ballungsgebiete unbezahlbar und weite Teile unseres Bundeslandes sind von öffentlichen
71 Verkehrsmitteln abgeschnitten.

72 Drei Dinge wollen wir sofort angehen:

- 73 1) Das Land Rheinland-Pfalz geht in Sachen CO2-Neutralität voran und verabschiedet
74 gemeinsam mit den Kommunen ein Sofortprogramm zur Errichtung von
75 **Photovoltaik-Anlagen auf allen öffentlichen Gebäuden.**
76 2) Das Land Rheinland-Pfalz startet ein Förderprogramm für die **Überdachung von**
77 **Parkplätzen mit Photovoltaikanlagen in Industriegebieten und**
78 **Gewerbegebieten.**
79 3) Stärkere Förderung des **sozialen Wohnungsbaus** mit dem Fokus auf eine
80 Nachverdichtung innerhalb der Städte. Dies spart nicht nur teures Bauland, sondern
81 senkt auch weitere Flächenversiegelung.
82

1 P-02

2 **Für eine realitätsbezogene und präventive Drogenpolitik! Antrag DIE**
3 **LINKE Rheinland – Pfalz. Eingereicht von Wolfgang Huste,**
4 **Kreisverband Ahrweiler**

5

6 Antragsteller:innen: Kreisverband Ahrweiler

7

8 Nicht nur Cannabisprodukte, sondern alle Drogen sind eine Alltagserscheinung. Sie
9 gehören seit Tausenden von Jahren zur menschlichen Kultur. Eine drogenfreie
10 Gesellschaft ist und bleibt eine Illusion. Legalisierte Drogen wie Alkohol und Zigaretten
11 sind allgegenwärtig. Die Einteilung in legalisierte und illegalisierte Drogen sagt nichts über
12 deren Gefährlichkeit aus. Im Gegenteil: Nikotin und Alkohol schaden der Gesundheit weit
13 mehr als alle illegalisierten Drogen zusammen. Es sind gleichzeitig weltweit die
14 gefährlichsten Drogen, was die Anzahl der jährlichen Todesopfer angeht. Die
15 gesellschaftliche und politische Verharmlosung legalisierter Drogen ignoriert, dass in
16 Deutschland besonders Alkohol-, Nikotin- und Medikamentenmissbrauch weit verbreitet
17 sind. Wir fordern daher ein Verbot von Alkohol-, Nikotin- und Medikamentenwerbung in
18 allen Medien (ausgenommen sind Fachmedien). Selbstverständlich ist für uns ein
19 Werbeverbot für sämtliche Produkte, die Genusscannabis, etwa in Form von Joints,
20 Liquidien, Harzen oder Esswaren, enthalten. Hiervon ausgenommen sollten Nahrungs-
21 oder Pflanzenergänzungsmittel, kosmetische Produkte oder Werbung für
22 Medizinalcannabis sein. Vom Staat illegalisierte Drogen werden trotz Verbote gehandelt
23 und konsumiert. Ihr Missbrauch kann zu schwerwiegenden gesundheitlichen Schäden und
24 menschlichen Tragödien führen. Ein kontrollierter, mäßiger Drogengenuss unter
25 definierten Bedingungen kann eine solche Fehlentwicklung verhindern.
26 Die Verbreitung von Rausch – bzw. Genussmitteln so niedrig wie möglich zu halten, ist ein
27 vernünftiges gesellschaftliches Ziel. Drogenkonsument*innen sind jedoch durch Verbote
28 nicht davon abzuhalten. Drogenkonsumenten schlicht als Kriminelle zu betrachten,
29 verhindert jede sinnvolle Drogenpolitik. Die Dämonisierung und Kriminalisierung von
30 Drogen verfehlt gerade auch bei Jugendlichen das behauptete Ziel der Abschreckung vom
31 Drogenkonsum. So werden in den Niederlanden nachweisbar weniger Drogen konsumiert
32 als in Deutschland, obwohl die dortige Drogenpolitik deutlich liberaler ist als in
33 Deutschland und der Schwerpunkt nicht auf Repression gelegt wird. Eine Drogenpolitik
34 muss zu einer präventiven, sachlichen und glaubwürdigen Aufklärung über die Wirkung
35 und Risiken von Drogen beitragen. Dazu gehört auch eine allgemeine Aufklärung über
36 nicht stofflich gebundene Süchte, zum Beispiel in Schulen, in Clubs. Auch Glücks- und
37 Internetspiele können „abhängig“ machen. Nur durch entsprechende Informationen kann
38 ein selbstverantwortlicher Umgang mit Genussmitteln entwickelt werden, nur so können
39 Jugendliche selbstbewusst und eigenverantwortlich mit Drogen umgehen. Demnach
40 setzen wir uns dafür ein, dass Drogenberatungsstellen auch in ländlichen Regionen
41 weiterhin öffentlich unterstützt werden, in Form von genügend Personal und Geld.
42 Gleichzeitig fordern wir die Regierungskoalition auf ein Konzept vorzulegen, welches
43 die Finanzierung neuer Aufklärungs-, Informations- und Therapieangebote beinhaltet.
44 Hierfür bieten die Mehreinnahmen aus der einzuführenden Cannabissteuer, welche nach
45 Hochrechnungen ca. 4,7 Milliarden Euro betragen werden, den finanziellen Spielraum, um
46 ein umfassendes Finanzierungskonzept für den Jugend- und Gesundheitsschutz
47 vorzulegen. Die ansteigenden Kosten für Frühinterventions-, Präventions-, Informations-
48 und Therapieangebote dürfen nicht auf die Schultern der Kommunen verlagert werden und
49 müssen langfristig finanziell abgesichert sein. Generell sollte über eine Bindung der
50 Steuereinnahmen ausschließlich für soziale Maßnahmen an Schulen, Kitas und in der
51 Kinder- und Jugendhilfe gedacht werden. Diese Forderungen findet man zum Beispiel

52 nicht explizit im Koalitionsentwurf der Ampel- Regierung aufgeführt. Wenn Drogenkonsum
53 problematische Ausmaße annimmt, muss schnelle und unkomplizierte, demnach
54 „barrierefreie“ und kostenfreie Hilfe geleistet werden. Abhängige sind nicht kriminell,
55 sondern weit eher krank! Wir streiten für eine Drogenpolitik, in der ein Schwerpunkt auf
56 einer sachlichen, wissenschaftlich fundierten Prävention und nicht auf Strafverfolgung
57 gelegt wird. Der Drogenmissbrauch muss entkriminalisiert werden, auch damit den
58 Konsumenten frühzeitig optimal geholfen werden kann. Insbesondere im Bereich
59 „Partydrogen“ wie Ecstasy und Speed setzt sich DIE LINKE neben Aufklärungsarbeit für
60 sogenannte „Drug-Checking-Projekte“ ein. Damit könnten Verbraucherinnen und
61 Verbraucher von Ecstasy, Amphetaminen und anderen Drogen wirkungsvoll vor
62 gefährlichen, krank machenden Verunreinigungen geschützt werden. Niemand soll mehr
63 bei Dealern kaufen müssen, ohne zu wissen, was man sich da einhandelt. DIE LINKE
64 Rheinland-Pfalz tritt weiterhin für eine staatliche Regulierung des Cannabismarktes, unter
65 Gewährleistung des Jugendschutzes, nach dem Vorbild der Niederlande, ein. Wir
66 schlagen vor, das Cannabisprodukte erst ab einem Alter von 18 Jahren an dafür
67 eingerichteten Stellen kontrolliert abgegeben werden. Der Eigenanbau soll den geregelten
68 und gemeinschaftlich organisierten Anbau von Cannabis einschließen. Die Abgabe kann
69 auch zusätzlich an anderen, kontrollierten Stellen möglich sein, zum Beispiel in Apotheken
70 oder staatlicherseits lizenzierten Fachgeschäften. Die von der Bundesregierung geplanten
71 „Cannabis-Social-Clubs“ sind nicht ausreichend, um einen „breiten Konsum straffrei zu
72 ermöglichen und den Schwarzmarkt zurückzudrängen“. Es braucht deshalb weitere
73 Räume für eine kontrollierte, qualitätsgesicherte und reglementierte Abgabe von
74 Cannabis. DIE LINKE Rheinland-Pfalz kämpft außerdem dafür, dass Cannabis bei
75 bestimmten Krankheiten, bei denen es keine gleichwertige therapeutische Alternative gibt,
76 als Arzneimittel zugelassen wird. Wir streiten dafür, dass die Straßenverkehrsordnung
77 nicht als zusätzlicher Strafenkatalog für Drogenkonsumenten missbraucht wird. Der im
78 Straßenverkehr für das Strafmaß bisher zulässige Höchstwert (1 ng/mL) der aktiven THC-
79 Konzentration im Blutserum soll auf zwischen 3 und 10 ng/mL Tetrahydrocannabinol
80 (THC) im Blutserum erhöht werden. Wir fordern die Heraufsetzung des straffreien Besitzes
81 von Cannabisprodukten auf 30 Gramm pro Tag, maximal 60 Gramm pro Monat. Wir
82 setzen uns auch dafür ein, dass jede Person ab 18 Jahren vier Cannabispflanzen legal
83 besitzen darf. Ein weiterer Vorteil bei der staatlicherseits kontrollierten Abgabe ist die
84 Tatsache, dass so der Schwarzmarkthandel mit Cannabisprodukten zumindest erheblich
85 erschwert, wenn nicht gar – im besten Fall - verhindert werden kann. Die Ampelregierung
86 greift das Thema „Entkriminalisierung von harten Drogen“ erst gar nicht auf und auch der
87 Gesetzesentwurf zum Thema „Legalisierung von Cannabiskonsum“ wurde erheblich
88 verwässert. Es handelt sich hier, insgesamt betrachtet, eher um eine zu kurz greifende
89 Scheinreform. Durch die Legalisierung von Cannabis können viele Strafverfahren wegen
90 des Besitzes von Kleinstmengen eingestellt und Gerichte, Staatsanwaltschaften und
91 Polizei von Tausenden Verfahren entlastet werden. Es ist niemandem zu vermitteln, dass
92 die Legalisierung kommt, aber Konsumentinnen und Konsumenten - und nur um die sollte
93 es gehen - noch weiter kriminalisiert werden. Verfahren gegen „einfache Konsumenten“
94 machen über 80 Prozent aller Strafverfahren wegen Cannabis aus. Die Kriminalisierung
95 der Konsumierenden ist umgehend zu beenden.

96
97 Wolfgang Huste, 15. April 2023, Bad Neuenahr – Ahrweiler.

98
99 Wolfgang Huste ist Kontaktperson der Bundesarbeitsgemeinschaft „Linke Drogenpolitik“,
100 eine Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei DIE LINKE. und hat Biologie und
101 Sozialwissenschaften an der Universität Bielefeld studiert.

102

Arbeitszeitverkürzung geht auch mit dem richtigen Kalender

Antragsteller:innen: Jonas Leibig, KV Ludwigshafen / Rhein-Pfalz-Kreis

Die Linke RLP startet eine Kampagne zur Arbeitszeitreduktion mit dem Ziel durch ein Volksentscheid folgende Forderungen umzusetzen:

1. Einführung von neuen Feiertagen
 - 1.1. Frauenkampftag, 8. März
 - 1.2. Tag der Befreiung, 8. Mai
 - 1.3. Gründungstag, 30. August
2. Einführung von Ausgleichsfeiertagen (fällt ein datierter Feiertag auf Samstag oder Sonntag wird der darauffolgende Montag zum Feiertag)
3. Einführung von Brückenfeiertagen
4. Einführung eines Feiertags „Tag der Demokratie“ (immer montags nach landesweiten Wahlen)

Begründung:

1. Durch die Schaffung eines Feiertages am Frauenkampftag [oder Frauentag, oder Internationalen Frauentag], dem 8. März, erhöhen wir das Bewusstsein für die Bemühungen historischer sowie gegenwärtiger internationaler Frauenbewegungen. Auch heute verrichten Frauen im Schnitt mehr unbezahlte Arbeit in Haushalt oder Pflege von Angehörigen und verdienen dabei im Beruf im Vergleich 21% weniger als männliche Arbeitnehmer. Der Feiertag am 8. März erreicht hier die Sensibilisierung für dieses Thema und hilft, einen gesellschaftlichen Wandel anzustoßen. Die Begründung zur Schaffung des Feiertags Tag der Befreiung, dem 8. Mai ist die gleiche wie die des DGB aus 2018: „Dieser Tag soll ein Tag gegen Rassismus, Ausgrenzung und Diskriminierung jeglicher Form werden. Es soll außerdem darauf hingewirkt werden, dass an diesem Tag bundesweit Veranstaltungen zum Thema Antifaschismus durchgeführt werden.“ Der 30. August, Gründungstag des Landes Rheinland-Pfalz, soll zum Feiertag werden an dem Möglichkeit zur kulturellen Begegnung besteht, zur gegenseitigen Bereicherung, sowohl für frisch Zugezogene oder hier lange Beheimatete.

2. Viele europäische Staaten, Bsp Luxemburg und Belgien, gleichen Feiertage aus, die auf ein Wochenende fallen, an die Regelung wollen wir anknüpfen.

3. Um denen entgegenzukommen, die nur die gesetzlichen 20 Urlaubstage im Jahr haben, soll die Notwendigkeit wegfallen Urlaubstage für Brückentage zu benutzen.

4. Die Zahl der demokratischen Staaten ist seit einiger Zeit rückläufig, deswegen soll der Gang zur Wahlurne nicht nur eine Pflicht sein, sondern auch gefeiert werden. Gleichzeitig soll dieser Tag zu Versöhnung dienen, da in den Tagen und Wochen zuvor hauptsächlich Unterschiede hervorgehoben wurden.

P-04

Sprachkitas

Antragssteller:innen: Kreisverband Ludwigshafen / Rhein-Pfalz-Kreis, Solid LU / RPK

Der Landesparteitag möge beschließen, sich für die Förderung von Sprachkitas einzusetzen.

Begründung:

Alle Kinder sollen von Anfang an von guten Bildungsangeboten profitieren. Um das zu erreichen, ist [Sprache der Schlüssel](#): Durch sie erschließen wir uns die Welt, treten mit Menschen in Kontakt und eignen uns Wissen an. Studien haben gezeigt, dass sprachliche Kompetenzen einen erheblichen Einfluss auf den weiteren Bildungsweg haben. Dies gilt besonders für Kinder aus bildungsbenachteiligten Familien und Familien mit Migrationshintergrund. Anders als bei der klassischen Einzelsprachförderung lernen in Sprach-Kitas die Kinder spielerisch die Sprache im Alltag.

Bundesministerin Lisa Paus kündigte die Bundesförderung letztes Jahr und verwies an die Bundesländer – die wenig bis gar nichts in diesem Bereich bisher getan haben.

Die Linke Rheinland-Pfalz sollte sich hier für eine Förderung stark machen und noch bestehende Sprachkitas versuchen zu erhalten.

A – weitere Anträge

Anträge an den Landesparteitag mit Bezug auf die Landes- oder Bundespartei.

A-01

Mitarbeiter absichern!

Antragsteller:innen: KV Rhein-Hunsrück

Der Landesvorstand wird beauftragt unverzüglich geeignete Maßnahmen zu ergreifen um die Beschäftigung und Bezahlung der Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle in anderen Bereichen sicherzustellen.

Hierzu gehören: sofortige Aufnahme von Gesprächen mit dem Parteivorstand, dem Gesamtbetriebsrat und den Vorständen anderer Landesverbände um die Übernahme frühzeitig zu regeln.

Begründung:

Die finanzielle Situation des Landesverbandes sowie die der Gesamtpartei sind besorgniserregend. Hinzu kommt der extreme Verlust an Mitgliedern sowohl des Landesverbandes als auch der Partei insgesamt. Ebenso ist zu berücksichtigen, dass durch den Kandidatur Verzicht von Sahra Wagenknecht und weiteren prominenten Persönlichkeiten der Partei mit einer weiteren Austrittswelle sowie Verlust an Wahlstimmen zu rechnen ist. Dies alles wird mit weiteren Einnahmeverlusten sowohl des Landesverbandes RLP als auch der Gesamtpartei einhergehen.

Laut Rechenschaftsbericht 2021 betragen die Lohnkosten der Mitarbeiter der LGS mit € 154.787 mehr als 80 % der Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge. Das bedeutet, ohne die weitere massive finanzielle Unterstützung durch den Parteivorstand wird sich der Landesverband die Mitarbeiter sowie die weiteren Kosten der Landesgeschäftsstelle nicht mehr leisten können und bei der Entwicklung der Gesamtpartei stellt sich die Frage, ob es der Parteivorstand noch stemmen kann.

S–Anträge

Anträge zur Änderung der Satzung.

S-01

Durchgehende Nutzung des * innerhalb der Satzung

Antragsteller:innen: Landesvorstand

Die Satzung der LINKEN Rheinland-Pfalz wird an allen Stellen, an denen bisher ein „:“, „_“ oder andere Symbole zur Darstellung einer gendergerechten und inklusiven Sprache genutzt werden geändert. Zur korrekten Darstellung innerhalb der Satzung wird ausschließlich das „*“ genutzt.

Begründung:

Erfolgt mündlich

S-02

Konkretisierung Mandatsträger*innen

Antragsteller:innen: Landesvorstand

§ 6 Mandatsträger*innen

- (1) Mandatsträger*innen sind im Sinne dieser Satzung alle, die auf Wahlvorschlag der Partei **in ein** ~~einem~~ Parlament oder einer kommunale Vertretungskörperschaft angehören **gewählt worden** oder Regierungsmitglieder oder kommunale Wahlbeamte*innen sind.
- (2) Mandatsträger*innen haben das Recht,
 - a. aktiv an der politischen Willensbildung der Partei mitzuwirken,
 - b. von der Partei bei der Ausübung ihres Mandats unterstützt zu werden und
 - c. vor allen Entscheidungen, die die Ausübung des Mandats berühren, gehört zu werden.
- (3) Mandatsträger*innen sind verpflichtet,
 - a. sich loyal und solidarisch gegenüber der Partei zu verhalten,
 - b. die programmatischen Grundsätze der Partei zu vertreten,
 - c. die demokratische Willensbildung in der Partei bei der Wahrnehmung des Mandats zu berücksichtigen,
 - d. Mandatsträger*innenbeiträge **sind** entsprechend der Landesfinanzordnung ~~und Bundesfinanzordnung~~ **an die jeweilige Parteigliederung des kommunalen Mandates** zu zahlen und
 - e. gegenüber den Parteiorganen der entsprechenden Ebene und den Wähler*innen Rechenschaft über die Ausübung des Mandats abzulegen,

Begründung:

Erfolgt mündlich

Zusammensetzung des Landesvorstandes

Antragsteller:innen: Landesvorstand

§ 18 Zusammensetzung und Wahl des Landesvorstands

- (1) Der geschäftsführende Landesvorstand besteht aus
 - a) zwei gleichberechtigten Landesvorsitzenden (~~von denen mindestens eine Person weiblichen Geschlechts sein muss~~), zwei stellvertretenden Landesvorsitzenden (~~von denen mindestens eine Person weiblichen Geschlechts sein muss~~), der/dem Landesschatzmeister*in und der/dem Landesschriftführer*in.
 - b) Der Landesparteitag kann auf Beschluss bis zu zwei stellvertretende Landesvorsitzende* in den geschäftsführenden Landesvorstand wählen. Wenn der Antrag hierzu nicht gestellt wird, bleibt die Wahl von stellvertretenden Landesvorsitzenden aus.
- (2) Der Landesparteitag bestimmt vor jeder Wahl des Landesvorstands die Anzahl der zu wählenden Beisitzer*innen.
- (3) Der Landesvorstand als Ganzes muss in seiner Summe quotiert sein (also mind. 50% sich weiblich definierende Menschen). Weiterhin sind die Positionen der Vorsitzenden und die etwaigen Positionen der stellvertretenden Vorsitzenden quotiert zu wählen.
- (4) Mit beratender Stimme gehören dem Landesvorstand der/die Vorsitzende der Landtagsfraktion, die Sprecherinnen des Frauenplenums und die Mitglieder des Präsidiums des Landesausschusses an.
- (5) Darüber hinaus gehört dem Landesvorstand ein Mitglied des Jugendverbandes an, welches auf dem Landesparteitag gewählt wird. Dieses Landesvorstandsmitglied wird bei der Berechnung der Quotierung des Landesvorstandes nicht berücksichtigt.
- (6) Die Amtszeit des Landesvorstands beträgt zwei Jahre. Bei Rücktritt einzelner Mitglieder sind durch den Landesparteitag Nachwahlen vorzunehmen; treten wenigstens die Hälfte der gewählten Mitglieder zurück, sind binnen vier Monaten Neuwahlen auf einem Landesparteitag durchzuführen. Dann und im Falle eines geschlossenen Rücktritts bleiben die Mitglieder kommissarisch im Amt, bis ein neuer Landesvorstand gewählt ist.
- (7) Gegen ein Mitglied des Landesvorstands kann ein konstruktives Misstrauensvotum vorgebracht werden. Der Antrag hierfür kann vom Landesvorstand mit Zweidrittelmehrheit, auf Antrag von einem Drittel der existierenden Kreisverbände oder mit zwei Dritteln aller Delegierten vom Landesausschuss dem Landesparteitag vorgelegt werden. Dieser entscheidet dann, ob das Mitglied des Landesvorstandes bestätigt oder durch ein neues Mitglied ersetzt wird. Solange keine endgültige Entscheidung getroffen ist, bleiben die Rechte des Mitglieds des Landesvorstands unberührt.

Begründung:

Erfolgt mündlich

S-04

Zusammensetzung des Landesvorstandes

Antragsteller:innen: KV Rhein-Hunsrück

Der Parteitag möge beschließen:

Die Landessatzung in § 18 Zusammensetzung und Wahl des Landesvorstands wird unter 1) wie folgt geändert:

Der Geschäftsführende Landesvorstand besteht aus sechs Mitgliedern, darunter

- a) eine Sprecherin und ein Sprecher,
- b) eine Stellvertreterin und ein Stellvertreter
- c) eine Landesschatzmeisterin oder ein Landesschatzmeister,
- d) eine Landesgeschäftsführerin oder ein Landesgeschäftsführer.

Begründung:

aus folgenden Gründen benötigt der Landesverband einen Geschäftsführer, der vom Parteitag gewählt wird:

1. Legitimation: Die Wahl der/des Geschäftsführerin/s durch den Parteitag legitimiert die Position der/des Geschäftsführerin/s und stärkt die Akzeptanz innerhalb der Partei. Die Parteimitglieder haben durch ihre Wahl die Möglichkeit, den Kurs des Verbands aktiv mitzugestalten und einen wichtigen Beitrag zur Parteiorganisation zu leisten.

2. Kontinuität: die/der Geschäftsführerin/s ist eine wichtige Position innerhalb der Partei, die eine gewisse Kontinuität erfordert. Durch die Wahl durch den Parteitag wird sichergestellt, dass die Position nicht von einer einzelnen Person oder Gruppe besetzt wird, sondern dass die Parteimitglieder die Möglichkeit haben, die/den Geschäftsführer/in bei Bedarf zu wechseln.

3. Vertretung der Parteibasis: Die Wahl der/des Geschäftsführerin/s durch den Parteitag stellt sicher, dass die Interessen und Bedürfnisse der Parteibasis in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Sie/er ist in der Regel das Bindeglied zwischen der Parteibasis und der Parteiführung, daher ist es wichtig, dass die Parteimitglieder die Möglichkeit haben, jemanden zu wählen, der ihre Interessen und Ansichten vertritt.

4. Qualifikationen: Die Wahl der/des Geschäftsführerin/s durch den Parteitag stellt sicher, dass die Person, die die Position besetzt, über die erforderlichen Qualifikationen und Fähigkeiten verfügt, um die Aufgaben effektiv zu erfüllen. Der Parteitag kann auf diese Weise sicherstellen, dass die/der Geschäftsführer/in in der Lage ist, die verschiedenen organisatorischen und administrativen Aufgaben des Verbands zu erfüllen.

5. Transparenz: Die Wahl der/des Geschäftsführerin/s durch den Parteitag stellt sicher, dass der Wahlprozess transparent und offen ist. Die Parteimitglieder haben die Möglichkeit, den Wahlprozess aktiv zu verfolgen und sicherzustellen, dass er fair und demokratisch verläuft. Dadurch wird das Vertrauen der Mitglieder in die Partei und ihre Führung gestärkt

Insgesamt ist die Wahl der/des Geschäftsführerin/s durch den Parteitag eine wichtige Maßnahme zur Stärkung der innerparteilichen Demokratie und der Legitimation der Parteiführung. Durch die Wahl der/des Geschäftsführerin/s haben die Parteimitglieder die Möglichkeit, aktiv am Organisationsprozess der Partei teilzunehmen und sicherzustellen, dass die Partei effektiv arbeitet und ihre Ziele erreicht.

Kandidaturen

Kandidaturen zum Landesparteitag für den Landesvorstand, die Schiedskommission und die Landesfinanzrevisionskommission.

Kandidatur zum Landesvorstand Landesschatzmeister



- Daniel Emmerich
- 34 Jahre
- Lehramtsstudent (Politik, Englisch, Chemie), Barkeeper
- Fraktionsvorsitzender im Stadtrat Landau
- Aktuell noch Kreisschatzmeister im Kreisverband DIE LINKE. Landau/SüW
- Email: daniel.emmerich@die-linke-landau.de
- <https://www.facebook.com/D.EmmPDL/>

Liebe Genossinnen und Genossen,

mein allgemeines Engagement begann bereits in der Schulzeit, in welcher ich mich in Sport- und Jugendvereinen und in der Feuerwehr engagiert hatte. Während dieser Zeit habe ich Erfahrungen mit verschiedensten Blickwinkeln gemacht und erkannt, dass ich nicht nur so vor mich hinleben, sondern auch Teil des gemeinschaftlichen Lebens sein möchte. Nach meinem Schulabschluss habe ich als einer der letzten Zivildienstleistenden diese Erfahrungen im Rettungsdienst vertieft und konnte weitere Perspektiven an Erfahrungen dazugewinnen.

Mit Beginn meines Studiums fing es an, dass diese Erfahrungen und Interessen immer politischer wurden. So begann ich nach kurzer Zeit in der Hochschulpolitik aktiv zu werden, wo ich im Studierendenparlament aktiv war und sogar eine Amtszeit als Präsident erlebt hatte. Durch die Arbeit im StuPa und die Erkenntnis, dass auch viele hochschulpolitische Themen mit kommunalpolitischen Themen zusammenhängen, kam ich dann zur parteipolitischen Perspektive.

2018 wurde ich Mitglied der Linken und fand in Landau meine politische Heimat in unserem Kreisverband. Seit meinem Eintritt versuchte ich immer aktiv mitzuarbeiten und wurde dadurch dann auch Teil des Vorstandes als Kreisschatzmeister. Mit unserem Einzug in den Stadtrat bekam ich die Chance unsere Partei in der Kommunalpolitik zunächst als Ausschussmitglied im Schulträgersausschuss und später als Stadtrat zu vertreten.

Während meines gesamten Engagements in verschiedensten Bereichen war ich immer sehr diskussionsfreudig und lernte mit der Zeit Kompromisse einzugehen und im Team zu arbeiten. So versuchte ich mehr und mehr mich in meine gegenüber hineinzusetzen und wenn möglich diese Perspektive mit meiner eigenen in Einklang zu bringen.

Unsere Partei ist in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit mehr und mehr als zerstritten wahrgenommen worden. Wir sind eine Partei, welche für Inhalte steht, welche zum Teil nicht verhandelbar sind und zum anderen diskutiert werden können. Dafür bedarf es Plattformen zur Diskussion und des Austausches. Was es allerdings nicht braucht, sind Alleingänge politischer Akteure ohne Absprache mit entsprechenden Gremien oder der Basis. Weil was wir definitiv nicht sind ist ein Personenkult. Die Mitglieder unserer Partei bringen verschiedene Stärken und Schwächen mit, da auch unsere Partei aus Menschen besteht. Und Menschen sind sich uneinig und streiten. Aber das darf nicht dazu führen, dass wir uns mehr und mehr in Lager spalten. Wir müssen uns diesen Diskussionen innerparteilich stellen, um dann nach außen hin möglichst geeint aufzutreten. Wir sollten unsere Fähigkeiten bündeln, um uns gegenseitig zu ergänzen und unsere

Inhalte zu vertreten. Wir sollten aber nicht Personen die Bühne überlassen, welche nur ihre eigenen Ziele vorantreiben wollen.

Eine Partei lebt von der Arbeit mit und für Menschen. Um diese Arbeit zu gewährleisten braucht es innerhalb der Partei Strukturen, welche den organisatorischen Rahmen dafür und mehr stellen. Als Teil des Landesvorstandes möchte ich mich stark machen, dass unsere Strukturen in Rheinland-Pfalz erhalten bleiben und sogar wachsen.

Da ich bereits Erfahrungen im Bereich Finanzen habe würde ich mich gerne als Landesschatzmeister anbieten. Ich bitte euch um euer Vertrauen,

Weitere Mitgliedschaften:

- Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e.V.
- Emanzipatorische Linke
- Forum Demokratischer Sozialismus

P.S. Für Fragen bin ich gerne offen.